

**PB.R-02** Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen – Kernpunkte grüner  
Regierungspolitik

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: PB-R Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

1 **Globalalternative zum Schlusskapitel PB.R-01: Die Antragsteller\*innen**  
2 **beantragen, den Antrag**  
3 **am Ende des Wahlprogramms anstelle des PB.R-01 „Regieren auf Augenhöhe**  
4 **mit der Zukunft“**  
5 **einzuführen.**

6 -----  
7 **Grüne Regierungsbeteiligung NUR bei erkennbarer "Grüner Handschrift" im**  
8 **Koalitionsvertrag:**  
9 **Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren**

10 Die Große Koalition produziert Armut und Chaos. Fortschritte hinsichtlich der großen  
11 Klima-,  
12 friedens- und sozialpolitischen Herausforderungen, sowie der Verteidigung unserer  
13 freiheitlichen Demokratie sind kaum erkennbar. Wir wollen das beenden. Deshalb und  
14 nur  
15 deshalb wollen wir Deutschland regieren. In einer Koalition sind Kompromisse  
16 unvermeidlich.  
17 Deshalb wollen wir unseren Wähler\*innen diejenigen Ziele klar benennen, die wir für  
18 eine  
19 Koalition nicht aufgeben werden.

20 Das betrifft vor allem die beiden großen Bedrohungen unserer Zeit: Den Klimawandel  
21 und die  
22 zuletzt stark gestiegene nukleare Bedrohung. Eine Regierungsbeteiligung um jeden  
23 Preis wird  
24 es mit uns nicht geben! Sollten sich mögliche Koalitionspartner hinsichtlich der von  
25 uns  
26 formulierten zehn Punkte nicht kompromissbereit zeigen, werden wir unsere  
27 Anstrengungen  
28 verstärken, mit starker Oppositionsarbeit für künftige Wahlen für Mehrheiten für  
29 unsere  
30 Werte und Ziele zu werben.

31 **1. Klima schützen, Menschen retten, Lebensraum erhalten**

32 Die Corona Pandemie ist Mahnung und Warnung zugleich. Die weltweite, schon lang  
33 andauernde  
34 und immer weiter beschleunigte Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt unseres  
35 Planeten sind  
36 mitverantwortlich für den Ausbruch der Pandemie. Wenn wir daraus nicht lernen, sind  
37 künftige  
38 Pandemien geradezu vorprogrammiert. Pflanzen, Tiere und ihre Lebensräume zu  
39 schützen und die  
40 Klimaänderung zu bekämpfen ist eine Menschheitsaufgabe. Alle Erkenntnisse zeigen,

dass der  
25 Klimawandel bereits die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen gefährdet oder  
schon  
26 vernichtet. Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn  
und  
27 Aber. Spätestens im Jahr 2030 wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland  
haben. Wir  
28 beschleunigen die Energiewende und schaffen die Deckelung für den Ausbau der  
Erneuerbaren  
29 Energien ab. Den Übergang zur klimaneutralen Industrie werden wir in  
Zusammenarbeit mit den  
30 Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmervertretungen und der Industrie,  
sozialverträglich für  
31 die Menschen gestalten, deren Arbeitsplätze betroffen sein werden.

32 Als Mitglied der Europäischen Union werden wir uns ebenso für diesen Übergang zur  
33 klimaneutralen Industrie einsetzen wie international. Der Umbau wird nur gelingen,  
wenn die  
34 Menschheit endlich Globalisierung und internationale Kooperation als Chance zur  
ökologischen  
35 und sozialverträglichen Umgestaltung unseres Wirtschaftens nutzt.

36 Wir führen einen wirksamen nationalen Mindestpreis für CO<sub>2</sub> und andere  
klimaschädliche Gase  
37 ein. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke, zuerst die Braunkohle-Kraftwerke, schalten  
wir  
38 umgehend ab. Die EU-Klimaschutzziele 2030 beschreiben allerdings nur die  
Untergrenze des  
39 unbedingt Nötigen. Auch für die 40 Zement-herstellende Unternehmen, die den Bedarf  
der  
40 Bauindustrie decken, gelten bisher keinerlei klimawirksame Auflagen. Wir werden uns  
dafür  
41 einsetzen, dass auch hier verbindliche, umweltschützende Grenzwerte eingeführt  
werden.

## 42 2. **Atomausstieg vollenden, Atomwaffen weltweit abrüsten**

43 Auch wenn in Deutschland 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, bleibt bis  
zum  
44 endgültigen Atomausstieg noch viel zu tun. Die Terrorgefahr muss für alle  
Atomanlagen, vor  
45 allem für die noch lange benötigten Zwischenlager ernst genommen und in  
wirkungsvolle  
46 Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Wir bekennen uns zum verabredeten  
Vorgehen der Suche  
47 sicherer Lager für den Atommüll. Entscheidend für den Lagerstandort sind höchste  
48 Sicherheitsstandards bei bestmöglichen geologischen Bedingungen und  
Rückholbarkeit. Die  
49 Suche hat auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und mit größtmöglicher  
Transparenz und  
50 Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen.

51 Die Produktion von Brennstäben in Lingen und Gronau werden wir umgehend  
52 beenden. Hier wird  
53 der Rohstoff für Reaktoren in Dutzenden anderen Ländern erzeugt, denen damit im  
54 schlimmsten  
55 Fall auch Zugang zu Atomwaffen gewährt wird. Einer „Modernisierung“ der zivilen  
56 Nutzung der  
57 Atomenergie erteilen wir eine klare Absage. Am Beispiel der „small nuclear reactors“  
58 zeigt  
59 sich, dass dieses Konzept weder ein Beitrag zur sicheren, klimaneutralen  
60 Energieversorgung  
61 ist, noch den radioaktiven Abfall auf Null reduziert. Vielmehr wird ein weiteres  
62 unkontrollierbares Einfallstor zur Proliferation (unkontrollierte Verbreitung von  
63 Techniken  
64 und waffenfähigem Material) geöffnet.

59 Wir werden mit der umgehenden Unterzeichnung und Ratifizierung des  
60 Atomwaffenverbotsvertrages und damit dem Ende der Nuklearen Teilhabe  
61 Deutschlands, dafür  
62 eintreten, dass eine vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Die letzten  
63 Atomwaffen  
64 in Büchel werden wir umgehend abgeben. Den aufkeimenden Diskussionen um eine  
65 europäische  
66 Atommacht erteilen wir kompromisslos eine vollständige Absage.

### 64 3. **Soziale Sicherheit schaffen, Ungleichheit abbauen**

65 Die wirtschaftlichen Folgen der Corona Pandemie werden eine künftige Regierung im  
66 Jahr 2022  
67 mit aller Härte einholen und treffen. Auch wenn soziale Folgen durch Kurzarbeitergeld,  
68 diverse Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, aber  
69 besonders große  
70 Industriebetriebe der Reisebranche, Automobilindustrie, des Handels u. a., zunächst  
71 gemildert wurden, stehen alle Zeichen auf schwere wirtschaftliche Verwerfungen.  
72 Bereits  
73 jetzt kündigen von Steuerzahler\*innen und Sozialabgaben-Zahler\*innen geförderte  
74 Unternehmen  
75 Massenentlassungen bei gleichzeitiger Dividendenausschüttung an. Als vollkommen  
76 unzureichend  
77 haben sich die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen der Kultur, Künstler,  
78 Musiker, Freiberufler und so weiter, erwiesen. Fatal zeigen sich bereits in der Corona  
79 Krise  
80 die katastrophalen Folgen der Privatisierung und Kapitalisierung des  
81 Gesundheitswesens:  
82 Profitmaximierung führte zu Personalabbau, schlechten Löhnen und einer rein  
83 marktgetriebenen  
84 Verringerung der Zahl der Krankenhäuser.

77 Die zu erwartenden wirtschaftlichen Umbrüche werden für eine neue Regierung  
78 unmittelbar nach  
79 den Wahlen eine ungeheure Herausforderung sein. Maßnahmen zur Ertüchtigung  
80 unserer

79 Sozialsysteme, des Bildungs- und Gesundheitswesens sind unumgänglich. Dabei  
80 müssen alle  
81 Entwürfe auf den Prüfstand. Dazu gehört auch die Prüfung einer Abkehr vom  
82 bisherigen  
83 Sozialstaatsverständnis. Eine künftige Regierung unter unserer Beteiligung muss die  
84 soziale  
85 Ungleichheit in Deutschland verringern. Sie muss sich der Diskussion für neue Modelle  
86 (z.B.  
87 ein Grundeinkommen für Künstler\*innen) öffnen, Maßnahmen zur Schaffung  
88 bezahlbaren  
89 Wohnraumes ergreifen. Sie muss eine Umverteilung der Steuern und Soziallasten nach  
90 sozialen  
91 Gesichtspunkten in Angriff nehmen, ohne dabei Energieverschwendung und  
92 Autoverkehr zu  
93 subventionieren. Und sie muss die kontinuierliche Bevorzugung der hohen privaten  
94 Einkommen  
95 beenden. Maßnahmen in den Sozialsystemen, die dazu dienen, Menschen in  
96 irgendeiner Form zu  
97 schikanieren, unter Zwang zu irgendwelchen Maßnahmen oder Tätigkeiten zu  
98 bewegen, lehnen wir  
99 ab und sofern solche bereits angewendet werden, wird eine künftige Regierung unter  
100 unserer  
101 Beteiligung sie als eine der ersten Amtshandlungen beseitigen.

#### 91 4. **Frieden sichern, Fluchtursachen bekämpfen**

92 Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner und ein guter Nachbar.  
93 Deshalb werden wir uns am aktuellen Wettrüsten nicht mehr beteiligen. Wir werden  
94 stattdessen  
95 die Rüstungskosten weiter reduzieren und die freiwerdenden Gelder in zivile  
96 Präventions- und  
97 Krisen-Interventionsmaßnahmen investieren.

98 Deutschland trägt seit Jahrzehnten mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in  
99 Krisenregionen  
100 zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem  
101 verbindlichen  
102 Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in anderen Ländern  
103 Profite  
104 machen und Konflikte dort anheizen.

105 Wir stärken mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit.  
106 CETA und  
107 TTIP sind keine fairen Handelsabkommen und daher abzulehnen. Wir wollen die  
108 Überfischung  
109 durch internationale Fangflotten beenden helfen. Vorrang für uns haben regionale  
110 Wirtschaftsstrukturen der durch die rücksichtslose Überfischung betroffenen Küsten  
111 Afrikas  
112 und anderswo. Den Übergang für die betroffenen Menschen möchten wir in  
113 Zusammenarbeit mit  
114 den Arbeitnehmer\*innen-Vertretungen und Arbeitsgeber\*innen sozialverträglich  
115 gestalten. Wir

106 werden solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts Landflucht und Hunger  
befördern.

107 Der Kampf gegen die Klimaveränderung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen.  
Kein Mensch

108 flüchtet freiwillig aus seiner Heimat. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die  
109 Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen

## 110 5. **Integration zum Erfolg führen**

111 Gemeinsam mit den europäischen Partner\*innen werden wir in der künftigen  
Regierung, den

112 humanitären Schutz und die Aufnahme von Flüchtlingen verbessern. Der Tod in der  
Sahara, im

113 Mittelmeer und Atlantik muss ein Ende haben. Allen Maßnahmen, die eine „Festung  
Europa“

114 fördern, erteilen wir eine Absage. Mit uns gibt es weder eine Grundgesetzänderung für  
eine

115 Obergrenze beim Asylrecht noch Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in  
Kriegs- und

116 Krisengebiete. Wir lehnen das Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab, weil für  
uns

117 das Schicksal des einzelnen Menschen im Mittelpunkt steht. Anerkannte Flüchtlinge  
dürfen

118 ihre Familien nachholen, das ist ein höchstes, humanitäres Gebot. Deutschland war  
schon

119 immer eine Einwanderungsgesellschaft. Eine künftige Regierung unter Grüner  
Beteiligung wird

120 ein fortschrittliches Einwanderungsgesetz schaffen, das auch außerhalb des  
Asylrechts,

121 gerechte Einwanderungsmöglichkeiten ermöglicht. Wir werden das Asylrecht zu  
Gunsten der

122 Asylsuchenden reformieren und uns in den internationalen Organisationen für eine  
humanitäre

123 Reform der Flüchtlingshilfe einsetzen.

## 124 6. **Europäische Union stärken - Europa zusammenführen**

125 Wir müssen das vereinte Europa stärken. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in  
der

126 deutschen Europapolitik geben, weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu mehr  
Solidarität

127 mit den Menschen in den finanziell schwachen Ländern. Wir werden massiv in die  
ökologische

128 Modernisierung investieren und damit auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in  
anderen

129 Ländern beitragen. Zudem müssen wir dringend der europäischen Politik und die  
daraus

130 entstehenden Entscheidungen für Bürger\*innen verstehbar machen. In den  
Parlamenten müssen

131 wir mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Europapolitik sichern, um der Enttäuschung  
weiter

132 Teile der Bevölkerung in Europa entgegenzuwirken. Wir fordern Investitionen in die

soziale

133 und ökologische Infrastruktur, z. B. zum Abbau der dramatischen  
Jugendarbeitslosigkeit. Wir  
134 werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, demokratiefeindliche, autoritär-  
135 staatliche Tendenzen mit geeigneten Bildungsprogrammen entgegenzutreten. Wir  
werden uns  
136 dafür einsetzen, die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes zu stärken und den  
Gedanken  
137 der Entwicklung der Europäischen Union von der wirtschaftlichen zur politischen Union  
zu  
138 fördern. Einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der EU sehen wir im  
anzustrebenden  
139 Prozess zum Entwurf einer gemeinsamen, fortschrittlichen, politischen Verfassung der  
140 Mitgliedsstaaten der EU. Wirtschaftlich wird sich eine künftige Regierung unter Grüner  
141 Beteiligung für die Schließung von Steuerschlupflöchern, der Steuerkonkurrenz und  
gegen alle  
142 Formen der Steuervermeidung einsetzen.

### 143 7. **Familien stärken, Kinder fördern, Ältere schützen**

144 Die Corona Pandemie hat einen fatalen gesellschaftlichen Rückfall bewirkt. Eine der  
145 Maßnahmen war die Auslagerung der Arbeit in die Haushalte der Arbeitnehmer\*innen.  
Dabei  
146 blieb weder berücksichtigt, wer etwa steigende Energiekosten übernimmt, noch, wer  
am Ende  
147 den „Preis“ für die enorme Mehrbelastung in den Familien trägt. Es sind aktuell einmal  
mehr  
148 Frauen, denen einerseits die Belastungen aus Beruf und andererseits die Belastungen  
aus  
149 Haushalt, Kinder, Küche aufgenötigt werden. Eine künftige Regierung unter Grüner  
Beteiligung  
150 wird sich einer Fortsetzung dieses konservativen Rückschrittes mit geeigneten  
Maßnahmen  
151 entgegenstellen. Alle Unterlassungen zur Zementierung dieses unhaltbaren  
Zustandes, werden  
152 wir zurückweisen.

153 Wir wollen faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in die – durch Corona stark  
154 geschwächte – Bildung und in bessere Kita-Qualität. Wir schaffen intakte und  
zeitgemäß gut  
155 ausgestattete Schulen, die auf dem neuesten Stand fit gemacht werden, auch für  
künftige,  
156 leider nicht auszuschließende Pandemien. Wir beseitigen endlich die Kinderarmut und  
157 verbessern die Familienförderung.

### 158 8. **Mobilität neu definieren – Verkehr sinnvoll verringern, ÖPNV 159 stärken, E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen**

160 Der Verkehr ist – nicht nur bezogen auf Klimaabgase – eines der größten  
Zukunftsprobleme.

161 Zahlreiche Lösungsentwürfe, Studien und Planungen liegen in den Schubladen  
kompetenter  
162 Wissenschaftler\*innen, der Industrie und der Politik. Eine künftige Regierung unter  
Grüner  
163 Beteiligung muss mit der Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur  
Verkehrsverringeringung beginnen,  
164 bereits eingeleitete Entwicklungen unterstützen und für gesellschaftliche Akzeptanz  
werben.  
165 Die aktuelle Pandemie hat einen starken Digitalisierungsschub ausgelöst, der den  
Umfang des  
166 Berufsverkehrs teilweise erkennbar verringert hat. Hier wird eine im Umfang nicht  
167 abschätzbare Verhaltensänderung erwartet. Die Bauwirtschaft wird betroffen sein, der  
Bedarf  
168 an Dienstfahrzeugen dürfte sinken, während die Anforderungen an digitale  
Zusammenarbeit  
169 steigen werden.

170 Sowohl der ÖPNV als auch das wirtschaftliche Transportwesen bedürfen einer  
existenziellen  
171 Reform und Ertüchtigung. Der ÖPNV muss für die aktuelle und künftig zu erwartenden  
Pandemien  
172 fit gemacht werden. Für das Transportwesen müssen kombinierte  
Fernverkehrssysteme (Bahn) und  
173 umweltschonende LKW gefördert werden. Deutsche Blockaden, wie die Zugänge zu  
den  
174 Alpenquerungen per Bahn, müssen umgehend beendet werden. Kleinteiliges Denken  
und sinnfreier  
175 Streit über „Antriebsarten“ sollte beendet werden und an dessen Stelle pragmatisch  
nach  
176 Sinn, Zweck und Ziel von Transport gefragt werden.

177 Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir neue Modelle, bessere  
Übergangsmöglichkeiten  
178 vom Rad zum Bus und Zug, regelmäßige Anbindung aller Ortschaften mit angepassten  
Systemen  
179 (Ruf- und Sammelbuslinie usw.).

## 180 9. **Freiheit bewahren, Sicherheit stärken, Gefahren vorbeugen**

181 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Terrorismus ist eine der  
Bedrohungen  
182 unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt konnte sich in unserem Land viel zu lange ohne  
wirksame  
183 Abwehr ausbreiten. Berichte aus der Mitte der Dienste und der Einrichtungen die zur  
184 Sicherheit unserer Bürger\*innen und dem Schutz der Gesellschaft und ihrer Verfassung  
dienen,  
185 erregen Besorgnis. Sie weisen kaum zu übersehende Defizite hinsichtlich des  
Verständnisses  
186 von Demokratie, Freiheit, Menschenrecht, Asylrecht, bürgerliche Rechte,  
Meinungsfreiheit,  
187 Datenschutz usw., auf. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird sich  
188 unverzüglich der Überprüfung und ggf., der Reform der Ausbildung in Polizei,

Bundeswehr,  
189 Anwalt- und Richter\*innenschaft annehmen. Rechtsradikales, rassistisches,  
antisemitisches  
190 und menschenverachtendes Gedankengut bis hin zu Mordaufrufen (NSU 2.0, KSK,  
Mordlisten)  
191 haben keinen Platz in den Einrichtungen unseres Rechtsstaates und müssen als  
Verbrechen  
192 geahndet werden. Vertreter\*innen solchen Gedankengutes müssen aus dem Dienst  
entlassen und  
193 strafrechtlich verfolgt werden.

194 Polizei, Bundeswehr und andere Dienste, die Gerichte und andere Einrichtungen des  
195 demokratischen Rechtsstaates müssen prioritär wieder in die Lage versetzt werden,  
ihren  
196 Aufgaben nachzukommen. Eine Grüne Beteiligung in der Regierung erfordert den  
197 Personalnotstand, die digitale Unterversorgung und die materiellen Mängel in den der  
198 Sicherheit dienenden Einrichtungen zu beseitigen. Dazu gehören in besonderem Maße  
die  
199 Prüfung, Modernisierung und Stärkung der Ausbildungseinrichtungen.

## 200 **10. Landwirtschaft nachhaltig machen - den Naturschutz stärken**

201 Der größte Teil der Landwirtschaft ist von der chemischen Industrie abhängig. Eine  
Regierung  
202 unter Grüner Beteiligung wird Maßnahmen ergreifen, die Rechte der ökologisch  
orientierten  
203 Landwirtschaft gegenüber den Interessen der chemischen Industrie zu stärken.

204 Immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die das Klima schützt, statt  
ihm zu  
205 schaden, die unser Grundwasser und unsere Böden schützt, statt sie zu verschmutzen,  
die den  
206 Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, statt Bienen- und Vogelsterben zu  
207 verursachen. Das Ziel ist, Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft  
umzustellen –  
208 ohne Massentierhaltung, Ackergifte, Gentechnik und Hormonverabreichung und mit  
guten und  
209 sicheren Arbeitsplätzen. Wir wollen alle Subventionen und Ausnahmen für die  
210 Massentierhaltung streichen. Stattdessen setzen wir uns für ein neues Tierschutzrecht  
ein,  
211 um die industrielle Massentierhaltung durch artgerechte Tierhaltung zu ersetzen. Mit  
den  
212 Interessenvertretungen der betroffenen Berufsgruppen wird die Regierung  
sozialverträgliche  
213 Übergangsregelungen vereinbaren.

## 214 **Unser verbindliches Angebot**

215 Diese zehn Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen. Sie zeigen die  
unverzichtbaren  
216 Mindestanforderungen an eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung, ob nun  
als  
217 Mehrheitspartei oder als „zweite\*r“ Partner\*in einer möglichen Koalition. Es ist

- 218 unerlässlich, den Stillstand und die Unentschlossenheit der sichtlich von  
219 Partikularinteressen gesteuerten Großen Koalition abzulösen. Dabei wird es mit den  
Parteien  
220 CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE oder möglicherweise einer neu in den Bundestag  
einziehenden  
221 demokratischen Partei zu Koalitionsgesprächen kommen. Wir erwarten von unseren  
Abgeordneten,  
222 diese 10 Punkte als essenzielle Mindestforderungen der Grünen Partei zu verhandeln,  
wenn sie  
223 sich an einer Regierung beteiligen soll. Je stärker die Grünen im nächsten Deutschen  
224 Bundestag und in einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht werden wir haben,  
um diese  
225 Ziele durchzusetzen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann geht es nicht.  
Sollte es  
226 erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren  
Mitgliedern in  
227 einer ergebnisoffenen Urabstimmung zur Prüfung vorlegen.
- 228 Was wir anstreben, ist eine zeitgemäße, ökologische, eine vielfältige und gerechte  
229 lebenswerte, dem Klima- und Umweltschutz, dem Frieden und den Menschenrechten  
verpflichtete  
230 Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den Politikwechsel auf den Weg bringen.

## **Begründung**

Wir, die Antragsteller\*innen, halten es für unerlässlich, den Wähler\*innen transparent und offen vor der Wahl zu sagen, was sie im Zuge von Koalitionsverhandlungen, als essenzielle Grüne Agenda unserer in den Bundestag entsandten Abgeordneten bei einer Regierungskoalition, erwarten dürfen. Ex-Kanzler Schröder sprach einmal von der „nötigen Beinfreiheit“, die es für Koalitionsverhandlungen brauche. Diese wollen wir mit dem 10-Punkte für grünes Regieren nicht einschränken. Dennoch gibt es in jeder Verhandlung eine rote Linie. Unsere Partei ist kein „Geheimbund“. Es ist kein Nachteil, das Gegenüber bei Verhandlungen frühzeitig von den Grenzen des Machbaren in Kenntnis zu setzen. Im Gegenteil. Das spart Zeit und die Verhandlungspartner\*innen können sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Der 10-Punkte Plan ist die Zusammenfassung unseres Grundsatzprogrammes und spiegelt die im Entwurf des Wahlprogrammes entwickelten Ziele für die Regierungsarbeit der kommenden vier Jahre, sollten wir GRÜNE an einer Regierung beteiligt sein.

Wenn an der einen und anderen Stelle im Zuge der Programm-Debatte des Parteitages einzelne Punkte nach Beschlusslage modifiziert werden müssen, spricht das nicht gegen den 10 Punkte Plan als Anhang. Die Antragsteller\*innen sind, für sich daraus ergebende, notwendige Änderungen natürlich aufgeschlossen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Andreas Müller (KV Essen); Christopher Graf (KV Goslar); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Ralf

Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Kerstin Dehne (KV München); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Martin Schmidt (KV Chemnitz); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Angelika Uminski-Schmidt (KV Wolfenbüttel); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Verena Fuchslocher (KV Mannheim); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land)